

# BERICHTAUSBRÜSSEL

Aktuelle Meldungen aus der Europapolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. | Vertretung in Brüssel

Association des Chambres de Commerce et d'Industrie Allemandes | Vereniging van de Duitse Kamers van Koophandel en Nijverheid  
Association of German Chambers of Industry and Commerce (DIHK e.V.) | 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Brüssel | [www.dihk.de](http://www.dihk.de)  
Tel. ++32-2-286-1611 | Fax ++32-2-286-1605 | Redaktion: Franziska Stavenhagen | E-Mail: [stavenhagen.franziska@dihk.de](mailto:stavenhagen.franziska@dihk.de)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Standpunkt .....</b>	<b>3</b>
Europäische Wirtschaft setzt Zeichen für ein gemeinsames Europa.....	3
<b>Zukunft der EU.....</b>	<b>4</b>
EUROCHAMBRES lädt zum Europäischen Parlament der Unternehmen ein.....	4
<b>Steuern .....</b>	<b>4</b>
Mehrwertsteuer – Wichtige Entscheidungen auf Sitzung der EU-Finanzminister .....	4
<b>Bildung .....</b>	<b>5</b>
Sonderbericht zur Lernmobilität bei ERASMUS+ .....	5
<b>Energie &amp; Umwelt.....</b>	<b>6</b>
CO2-Grenzwerte für Pkw: Europaparlament verschärft Kommissionsvorschlag.....	6
<b>Kurz notiert.....</b>	<b>7</b>
Europäisches Parlament fasst EntschlieÙung zum UN-Verbindungsinstrument für transnationale Unternehmen in Hinblick auf Menschenrechte.....	7
Kommission will Höchstgrenze von Fettsäuren festlegen.....	7
<b>Die Woche in Brüssel.....</b>	<b>8</b>
<b>Zahl der Woche .....</b>	<b>8</b>
96.....	8

---

## Standpunkt

### ■ Europäische Wirtschaft setzt Zeichen für ein gemeinsames Europa

#### Hunderte Unternehmer beim EPdU in Brüssel



Dr. Volker Treier, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des DIHK

Mehr als 500 Unternehmer aus ganz Europa, davon alleine 100 aus Deutschland, nehmen beim 5. Europäischen Parlament der Unternehmen (EPdU) an diesem Mittwoch einen Tag lang die Rolle der Abgeordneten ein. Im Plenarsaal des Europäischen Parlaments diskutieren sie über aktuelle Fragen der europäischen Wirtschaft. Sie setzen damit ein Zeichen für die große wirtschaftliche Bedeutung Europas und des Binnenmarktes.

Beim Europäischen Parlament der Unternehmen, das vom europäischen Kammerdachverband EUROCHAMBRES organisiert wird, können die Unternehmer ihre Positionen zu brennenden Fragen direkt an die EU-Vertreter adressieren: zur beruflichen Bildung und dem Fachkräftemangel, zur Handelspolitik und dem zunehmenden Protektionismus, zum Brexit und zur Zukunft der EU. Antonio Tajani, Präsident des Europäischen Parlaments, Handelskommissarin Cecilia Malmström und Michel Barnier, Brexit-Chefunterhändler der EU-Kommission, werden Rede und Antwort stehen.

Diskussionsstoff gibt es ausreichend. Viele Unternehmer blicken derzeit mit Sorge nach Großbritannien. Für die deutsche Wirtschaft hat ein gemeinsamer Binnenmarkt oberste Priorität, Rosinenpickerei darf es nicht geben. Das Durcheinander auf britischer Seite bei den Brexit-Verhandlungen verunsichert. Notgedrungen stellen sich die Betriebe auf einen ungeordneten Brexit ein, also Grenzkontrollen, Zölle, mehr Bürokratie und damit deutlich höhere Kosten. Auch die protektionistischen Töne und handelspolitischen Maßnahmen aus den USA beunruhigen. Die globale Handelspolitik hat mit CETA vor einem Jahr und der Unterschrift unter das Japanabkommen aber auch gezeigt: Wenn Europa geeint auftritt, kann es global etwas erreichen.

Für die europäische Wirtschaft steht derzeit viel auf dem Spiel. Deshalb ist es wichtig, sich aktiv einzubringen und die Stimme zu erheben. Das Europäische Parlament der Unternehmen gibt die Möglichkeit dazu.

Ihr

Volker Treier

## Zukunft der EU

### Unternehmer diskutieren europäische Wirtschaftsthemen

#### ■ EUROCHAMBRES lädt zum Europäischen Parlament der Unternehmen ein

Der europäische Kammerdachverband EUROCHAMBRES lädt für den 10. Oktober zum fünften Mal zum [Europäischen Parlament der Unternehmen](#) nach Brüssel ein. Hunderte europäische Unternehmer diskutieren über europäische Wirtschaftsthemen und stimmen in einem parlamentarischen Format über politische Positionen ab. Die deutsche Delegation umfasst 96 Unternehmer verschiedener Branchen aus dem ganzen Bundesgebiet und entspricht somit der Anzahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament. Sie wird vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und den Wirtschaftsjunioren Deutschlands gestellt. Dabei gibt es für die Teilnehmer im Rahmen des Treffens zahlreiche Möglichkeiten, sich mit EU-Vertretern auszutauschen. So wird EU-Kommissar Günther Oettinger zu den Unternehmern sprechen. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, sowie die Europaabgeordneten Daniel Caspary und Reinhard Bütikofer stehen für Diskussionsrunden bereit.

Schwerpunktthemen in diesem Jahr sind berufliche Kompetenzen, Handelspolitik und die Zukunft Europas. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften ist dabei ein Problem, das alle europäischen Länder eint. In der Wirtschaftsumfrage 2018, durchgeführt von EUROCHAMBRES, sahen 50.000 der europaweit befragten Unternehmen den Fachkräftemangel als zweitgrößte Herausforderung. Beim Thema Handelspolitik stehen dann der Brexit, der wachsende Protektionismus sowie Freihandelsabkommen im Zentrum.

(JS)

## Steuern

### Verordnung für elektronische Veröffentlichungen geändert

#### ■ Mehrwertsteuer – Wichtige Entscheidungen auf Sitzung der EU-Finanzminister

Auf der Tagung der EU-Finanzminister in Luxemburg am 2. Oktober 2018 wurden Vereinbarungen in Bezug auf vier laufende Mehrwertsteuer-Dossiers erzielt:

Erstens, wird die Verordnung über elektronische Veröffentlichungen geändert. Den Mitgliedstaaten wird künftig gestattet, ihren ermäßigten

Satz, besonders ermäßigten Satz oder Nullsatz auf E-Publikationen anzuwenden und so die Mehrwertsteuervorschriften für physische und elektronische Formen der Veröffentlichung einander anzugleichen. Zurzeit werden letztere in den meisten Mitgliedstaaten zum Normal-satz besteuert.

Zweitens, haben sich die Minister auf einen Pilotversuch einer generellen Umkehrung der Steuerschuldnerschaft geeinigt. Den Mitgliedstaaten, die am stärksten von (kartellmäßigen) Mehrwertsteuerbetrug betroffen sind, wird gestattet, eine befristete generelle Umkehrung der Steuerschuldnerschaft anzuwenden. Die generelle Umkehrung unterliegt zwei Einschränkungen: Zum einen erfolgt sie – unter weiteren einschränkenden Voraussetzungen – nur auf die inländische Lieferung von Gegenständen und Dienstleistungen oberhalb eines Schwellenwerts von 17 500 € je Umsatz, zum anderen gilt eine zeitliche Einschränkung, nämlich lediglich bis zum 30. Juni 2022.

Drittens, wurden die von der Kommission im vergangenen Herbst vorgeschlagenen vier „schnellen Lösungen“ auf dem Weg zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem beschlossen: Vereinfachungen bzw. Konkretisierungen bezüglich Konsignationslager, MwSt-Identifikationsnummer, Reihengeschäfte und Nachweis einer innergemeinschaftlichen Lieferung.

Viertens, hat der Rat eine Stärkung der Zusammenarbeit der mitgliedstaatlichen Verwaltungsbehörden (Steuer- und Strafverfolgung) angenommen, um gegen die am weitesten verbreiteten Formen des grenzüberschreitenden Betrugs vorzugehen.

Die Regelungen sollen zum 1.1.2020 in Kraft treten. Das gemeinsame Mehrwertsteuersystem spielt eine wichtige Rolle im EU-Binnenmarkt. Die Mehrwertsteuer ist eine bedeutende und wachsende Einnahmequelle in der EU. Im Jahr 2015 betragen die Mehrwertsteuereinnahmen mehr als 1 Bio. EUR (d. h. 7 % des BIP der EU). Darüber hinaus stellt die Mehrwertsteuer eine Eigenmittelquelle der EU dar.

(Wei)

## Bildung

### Europäischer Rechnungshof bestätigt DIHK-Forderungen nach Verwaltungsvereinfachung

#### ■ Sonderbericht zur Lernmobilität bei ERASMUS+

Der Europäische Rechnungshof hat im September [einen Sonderbericht zur Lernmobilität im Rahmen des EU-Bildungsprogrammes Erasmus+](#) veröffentlicht. Bewertet wurden die Leistung und der europäische Mehrwert der Mobilität im Rahmen von Erasmus+ und damit eine



zentrale Leitaktion des Programms. Untersucht wurden dabei die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung, auf die mehr als die Hälfte des 16,45 Mrd. € umfassenden Gesamtbudgets entfällt.

Nach der Berichterstattung des Europäischen Rechnungshofes (ERH) ist Erasmus+ „ein erfolgreiches europäisches Vorzeigeprodukt, bei dem jedoch eine bessere Leistungsmessung erforderlich ist“. Die Lernmobilität im Rahmen des Projekts schaffe Mehrwert in zahlreichen Formen und wirke sich positiv auf die Einstellung der Teilnehmer zur EU aus. Die Länder seien alleine nicht in der Lage, solche Ergebnisse zu erzielen. Verbesserungswürdig sei die Abstimmung der Indikatoren zur Messung der Programmleistung mit den Zielen. Weiterhin seien die Verfahren zur Antragstellung und Berichterstattung trotz einer gewissen Vereinfachung nach wie vor zu komplex. Schließlich empfiehlt der ERH ausdrücklich, Schülerinnen und Schüler in die Erasmus+-Mobilität aufzunehmen. Damit bestätigt er auch wichtige bildungspolitische Forderungen des DIHK nach Verwaltungsvereinfachungen für KMU und unterjährigen Ausschreibungen bei der Antragstellung für Auslandsaufenthalte von Auszubildenden.

(Fa)

## Energie & Umwelt

### ■ CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Pkw: Europaparlament verschärft Kommissionsvorschlag

#### Nächster Schritt: Verhandlungen mit dem Rat

Das Europäische Parlament hat am 3. Oktober seine Position zum Verordnungsvorschlag für neue CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Pkws und leichte Nutzfahrzeuge verabschiedet. Die Parlamentarier fordern eine Verschärfung der Emissionsminderung auf 40 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 2021. Die vom federführenden [Umweltausschuss zuvor geforderten](#) 45 Prozent fanden keine Mehrheit. Der initiale Vorschlag der Europäischen Kommission vom November 2017 sieht eine Minderung um 30 Prozent vor. Das im Verordnungsvorschlag enthaltene Zwischenziel für das Jahr 2025 wurde von 15 auf 20 Prozent erhöht.

Das Parlament hat ebenfalls eine Quote für emissionsfreie und emissionsarme Fahrzeuge verabschiedet. Bis zum Jahr 2025 sollen Hersteller einen Anteil von 20 Prozent erreichen, bis 2030 dann 35 Prozent. Bei Nicht-Einhaltung soll der betroffene Hersteller durch eine Verschärfung seines Flottengrenzwertes sanktioniert werden.

Im Bericht wurde keine direkte Möglichkeit aufgenommen, moderne biogene und synthetische Kraftstoffe auf die Flottengrenzwerte anzurechnen. Allerdings soll ein Zwischenbericht 2023 die Option prüfen,

"Anreize für die Einführung fortschrittlicher CO<sub>2</sub>-armer Kraftstoffe" zu schaffen.

Die Parlamentarier sind nun bereit, mit dem Rat Verhandlungen über die endgültigen Bestimmungen zu beginnen. Zuvor müssen die EU-Staaten sich jedoch auf eine gemeinsame Position einigen. Dies ist beim Umweltministerrat am 9. Oktober geplant.

Der DIHK hält das von der Kommission vorgeschlagene 30-Prozent-Ziel in [seiner Stellungnahme](#) für ausreichend ambitioniert. Strukturbrüche in der Automobilwirtschaft sollten vermieden werden, da davon v. a. auch mittelständische Zulieferbetriebe betroffen wären. Zudem sollte im Sinne der Technologieneutralität das Zwischenziel unverbindlich gestaltet und die Nutzung moderner biogener und synthetischer Kraftstoffe als Erfüllungsoption anerkannt werden.

(JSch, tb)

## Kurz notiert

### ■ **Europäisches Parlament fasst EntschlieÙung zum UN-Verbindungsinstrument für transnationale Unternehmen in Hinblick auf Menschenrechte**

Das Europäische Parlament hat am 4. Oktober eine [EntschlieÙung](#) zu dem Beitrag der EU zu einem UN-Verbindungsinstrument für transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen mit transnationalen Merkmalen in Hinblick auf die Menschenrechte gefasst. Darin unterstreicht das Parlament seine Unterstützung in Bezug auf international festgelegte Normen zu Menschenrechten

### ■ **Kommission will Höchstgrenze von Fettsäuren festlegen**

Die Kommission bittet Interessengruppen und Bürger [Online](#) um Feedback zu einem [vorläufigen Verordnungsvorschlag](#) zur Festlegung einer [Höchstgrenze von Fettsäuren](#) in Lebensmitteln. Die Kommission schlägt vor, eine Grenze von 2 g pro 100 g Fett in Lebensmitteln festzulegen. Der Vorschlag beruht auf einem [Bericht](#) aus dem Jahre 2015. Wissenschaftliche [Studien](#) der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit zeigen, dass hohe Anteile von Transfetten zu Gesundheitsrisiken

führen können.

## Die Woche in Brüssel

Die wichtigsten Sitzungen in den Europäischen Institutionen der kommenden Woche finden Sie in unserer [EU-Agenda](#).

## Zahl der Woche

■ 96

Unternehmer aus den verschiedensten Branchen und Regionen Deutschlands reisen diese Woche nach Brüssel. Beim Europäischen Parlament der Unternehmen bekommen sie die Chance, ihre Ideen einzubringen und mit Vertretern der EU und anderen Unternehmern aus ganz Europa zu diskutieren. In drei Sitzungen stehen in diesem Jahr die Themen „Handelspolitik“, „Berufliche Kompetenzen“ und „Zukunft der EU“ im Fokus.

Verantwortlich für die Endredaktion: Franziska Stavenhagen (FSt)

Ansprechpartner für die einzelnen Beiträge: tb= Till Bullmann; Fa= Barbara Fabian; JSch= Julian Schorpp; JS= Josefin Sünemann; Wei= Malte Weisshaar